

Entschließungsantrag **der Fraktion der SPD**

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Schmitz (Baesweiler), Bauer, Dr. Biedenkopf, Dr. Blank, Dr. Blens, Borchert, Breuer, Dr. Daniels (Bonn), Daweke, Dr. Fell, Frau Fischer, Gerstein, Dr. Göhner, Dr. Grünewald, Günther, Hauser (Krefeld), Freiherr Heereman von Zuydtwyck, Herkenrath, Dr. Hoffacker, Dr. Hüsch, Frau Karwatzki, Krey, Kroll-Schlüter, Dr. Kronenberg, Lamers, Frau Limbach, Louven, Marschewski, Dr. Meyer zu Bentrup, Michels, Dr. Möller, Müller (Wesseling), Pesch, Dr. Pinger, Dr. Pohlmeier, Reddemann, Dr. Rüttgers, Schemken, Schulhoff, Seesing, Dr. Stercken, Tillmann, Vogel (Ennepetal), Dr. Vondran, Wilz, Windelen, Dr. Wulff und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Graf Lambsdorff, Cronenberg (Arnsberg), Dr.-Ing. Laermann, Baum, Gattermann, Dr. Hirsch, Dr. Hoyer, Nolting und der Fraktion der FDP

Finanzielle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Nordrhein-Westfalen — Drucksachen 11/6411, 11/6756 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Abgeordnete der Fraktionen der CDU/CSU und FDP aus Nordrhein-Westfalen und ihre Fraktionen haben im Januar 1990 eine große Anfrage an die Bundesregierung gerichtet und Antworten zur finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen angefordert.

Es handelt sich um den offensichtlichen Versuch, von der Bundesregierung eine Materialsammlung und Argumentationshilfe für den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen erstellen zu lassen.

Die 75 Fragen wurden mit Drucksache 11/6756 auf 131 Seiten mit über 100 Tabellen ausführlich beantwortet.

Nordrhein-Westfalen ist auf dem Weg nach vorn

Die Bundesregierung bestätigt auf der Grundlage dieses umfangreichen Zahlenmaterials im Kern die zentrale Aussage der Landesregierung Nordrhein-Westfalen:

Nordrhein-Westfalen hat – mit Johannes Rau als Ministerpräsident – die Phasen schwieriger Strukturveränderungen gut bewältigt. Es hat den neuen Aufstieg geschafft. Jetzt ist Nordrhein-Westfalen stärker als je zuvor. Es wird auch neue Herausforderungen bestehen können.

Im einzelnen stellte die Bundesregierung in ihren Antworten u. a. fest:

„Der Abbau der Arbeitsplätze bei Kohle, Stahl und am Bau ist durch Beschäftigungszuwächse in anderen Wirtschaftszweigen wettgemacht.“

„Durch aktive Strukturanpassung ist es gelungen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.“

„In Nordrhein-Westfalen ist die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit parallel zu der des Bundesgebietes verlaufen.“

„Die Kurzarbeit ist fast restlos beseitigt, die Zahl der Kurzarbeiter liegt sowohl im Bundesgebiet als auch in Nordrhein-Westfalen auf einem Tiefstand.“

„... stieg der Anteil der mittelständischen Betriebe in Nordrhein-Westfalen an der Gesamtzahl der Betriebe im Bundesgebiet von 23,36 Prozent im Jahr 1982 auf 24,43 Prozent im Jahr 1988.“

„Die Insolvenzen sind zwischen 1980 und 1988 im Bund stärker gestiegen als in Nordrhein-Westfalen... 1988 sind die Insolvenzen in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Vorjahr stärker zurückgegangen als im Bund.“

Die Bundesregierung weist mit Recht darauf hin, daß Nordrhein-Westfalen bei der Verteilung der Strukturhilfemittel einen Schwerpunkt auf die Förderung der Umweltschutzzinvestitionen gelegt hat.

Unvollständige Antworten

Die Bundesregierung hat bei aller Umfänglichkeit ihrer Zahlenreihen nicht alle Antworten gegeben, die für eine objektive Beurteilung der finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen erforderlich wären. So hat sie übersehen, daß die Initiative zu den erfolgreichen Ruhrgebietskonferenzen in Düsseldorf und Bonn (Jan./Febr. 1988) wesentlich vom Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen ausgegangen ist.

Die Bundesregierung bestätigt zwar dem Ruhrgebiet eine „Aufbruchstimmung gerade auch in technologieintensiven Bereichen“ und „eine gute Position (Nordrhein-Westfalens) in der europäischen Technologiegemeinschaft EUREKA“, läßt aber die großen umweltpolitischen Leistungen im Lande Nordrhein-Westfalen selbst unerwähnt.

Seit 1970 sind in den Ballungsgebieten an Rhein und Ruhr die Belastungen der Luft mit Bleiverbindungen um 83 Prozent, mit Cadmium um 82 Prozent, mit Schwefeldioxid um 75 Prozent, mit Schwebestäuben um 64 Prozent, mit Stickoxid um 25 Prozent

gesenkt worden. Dieser Weg in eine grüne Industrieregion geht weiter: Bis 1994 werden die Schwefeldioxid-Emissionen aus Kraftwerken von 870 000 t in 1983 auf dann 177 000 t reduziert sein.

Die Schwermetallbelastung im Rhein wurde in den vergangenen zehn Jahren drastisch gesenkt um 69 Prozent beim Blei, 81 Prozent beim Zink, 89 Prozent beim Chrom, 90 Prozent beim Kupfer.

Solche und andere Erfolge im Umweltschutz sind die Basis für die weitere erfolgreiche ökonomische und ökologische Erneuerung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen.

Das gleiche gilt für die Forschungspolitik des Landes. Keine andere Region der Bundesrepublik Deutschland kann eine ähnlich dichte wissenschaftliche Infrastruktur vorweisen wie das Land Nordrhein-Westfalen mit seinen 49 Hochschulen und zahlreichen Forschungsinstituten. Kein anderes Bundesland hat vergleichbare Anstrengungen unternommen, durch Qualifizierungsmaßnahmen die Einführung neuer Technologien in der Wirtschaft zu erleichtern.

Nordrhein-Westfalen hat sich auch in Zeiten großer Bedrängnis immer seiner sozialen Verpflichtung gestellt, zum Beispiel gegenüber seinen älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Von 1984 bis 1989 wurden 6 400 Altenwohnungen gebaut, 13 900 Plätze in Altenheimen und Wohnheimen. Es gibt im Lande inzwischen 500 Sozialstationen.

Nordrhein-Westfalen hat mit Erfolg seine Neuverschuldung zurückgefahren, von 10,1 Mrd. DM in 1981 auf 2,2 Mrd. DM in 1989. Es hat aber dabei darauf geachtet, daß unverzichtbare Sparmaßnahmen nicht zu Lasten der sozial Schwächeren gingen.

Auffällig an den Antworten der Bundesregierung ist, wie unzureichend die Leistungen des Bundes an Nordrhein-Westfalen mit denen an andere Bundesländer verglichen werden. Nordrhein-Westfalen wird vom Bund benachteiligt bzw. unterdurchschnittlich gefördert; das sollte offensichtlich nicht deutlich werden. Bei der Forschungs- und Technologieförderung des Bundes, den Bundesausgaben bei Post, Bahn und Bundeswehr, bei der Strukturhilfe, bei der Existenzförderung, Agrarförderung, der Förderung des ländlichen Raumes und den Wissenschaftsausgaben des Bundes schneidet Nordrhein-Westfalen regelmäßig unterproportional ab.

Die Bundesregierung erkennt die Rolle des Bundes

Die Bundesregierung erläutert ausführlich, wieviel Kindergeld, Wohngeld, BaföG und Erziehungsgeld in Nordrhein-Westfalen ausgezahlt worden sind, so als ob es sich hier um großzügige Geschenke handelte.

Sie verdrängt: Die Bürgerinnen und Bürger – nicht nur in Nordrhein-Westfalen – haben einen Rechtsanspruch auf diese Zahlungen und finanzieren diese Leistungen im übrigen selbst über ihre Steuern.

Sie tun es in Nordrhein-Westfalen übrigens weit überdurchschnittlich. Von 1980 bis 1989 stammten 29,4 Prozent der Steuereinnahmen des Bundes – insgesamt 603 Mrd. DM – aus Nordrhein-Westfalen, bei einem Bevölkerungsanteil Nordrhein-Westfalens von 27,4 Prozent.

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. Die positive Entwicklung Nordrhein-Westfalens ist vor allem ein Verdienst der Arbeitnehmer und der Unternehmer dieses Landes und seiner Städte und Gemeinden, die schwierigste strukturelle Veränderung zu bestehen hatten. Die Bundesregierung soll deshalb zukünftig auf besserwisserische Urteile verzichten, wie sie in der Antwort zur Großen Anfrage enthalten sind. Dort heißt es: „Vor allem hat es an der Unterstützung der Anpassung durch die Betroffenen vor Ort gefehlt. Das betrifft sowohl die Politik der Landesregierung, aber auch die der Kommunen sowie das Verhalten der Gewerkschaften und Unternehmer“.
2. Nordrhein-Westfalen ist bei den Förderprogrammen des Bundes mit einem gerechten Anteil zu bedenken und darf nicht benachteiligt werden.
3. Die zusätzlichen Mittel für die Erweiterung der Fraunhofer-Institute in Duisburg, Dortmund und Aachen sind bereitzustellen, wie es in der Ruhrgebietskonferenz im Februar 1986 von der Bundesregierung zugesagt, aber bis heute leider nicht eingehalten wurde.
4. Die Bundesregierung soll sich eindeutig zu ihrer Pflicht bekennen, der heimischen Kohle eine langfristig sichere Perspektive zu gewährleisten, wie das auch die von Prof. Mikat geleitete Kommission gefordert hat. Im Bericht der Kommission wird klargestellt, daß Kohle zur Versorgungssicherheit unseres Landes unverzichtbar ist und daß diese gesamtstaatliche Aufgabe vom Bund verantwortet werden muß: „Deshalb fordert die Kommission die Bundesregierung auf, in der Kohlepolitik die ausschließliche finanzielle Verantwortung zu übernehmen.“
6. Die Bundesregierung soll kurzfristig erläutern, wie sich ihre Mahnung an das Land Nordrhein-Westfalen, die Verschuldung energischer zurückzuführen und die Ankündigung des Bundeskanzlers, Projekte müßten „gestreckt“ werden, mit der Forderung des Bundesarbeits- und Sozialministers verträgt, in Nordrhein-Westfalen zusätzliches Geld bereitzustellen für Altlastensanierung, Verkehrsinvestitionen, Wohnungsbau, Kindergärten, Kleinkinderbetreuung, Schulkinderbetreuung, Landesstiftung Mutter und Kind, Pflege, Schule, Polizei, Sport, Kultur.

Bonn, den 25. April 1990

Dr. Vogel und Fraktion